

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Im im Rastatter Kreistag

Haushaltsrede 2018

gehalten am 20. Februar 2018

von

Manuel Hummel

- es gilt das gesprochene Wort –



Begrüßung des versammelten Kreistags...

um es vorweg zu nehmen: Wir werden diesem Haushalt zustimmen. Er beinhaltet das unbedingt Notwendige, führt unsere Schulden zurück, arbeitet all die Beschlüsse ab, denen auch wir zugestimmt oder die wir gar beantragt haben, und lässt (noch) das außen vor, was aus grüner Sicht inakzeptabel wäre. Ich muss deshalb an dieser Stelle nicht zum x-ten Mal betonen, dass auch wir die Breitbandverkabelung prima, die Ostanbindung überflüssig und die damit verbundenen Eingriffe in die Natur frevelhaft finden, und auch nicht aufzählen, welche ursprünglich grünen Forderungen und Anträge übernommen, eingearbeitet oder abgearbeitet worden sind.

Aber reicht das aus, um den kommenden Herausforderungen gerecht zu werden? Könnten, müsstest wir nicht eigentlich viel mehr tun, und das viel zügiger? Wer immer nur auf Sicht fährt, handelt am Ende kurzsichtig. Folgende Fragen sollen den Blick weiten:

Ist es akzeptabel, dass einzelne Kommunen im Landkreis mit der **Ansiedlung von Speditionen** ihren Säckel füllen, aber die Lösung der daraus resultierenden Verkehrsprobleme vom Landkreis erwarten? Steht dieser enorme Flächenverbrauch in einem vertretbaren Verhältnis zu den wenigen neu geschaffenen Arbeitsplätzen? Die Bündnisgrünen haben bereits vor 23 Jahren vor einer solchen Entwicklung gewarnt und auf einer Konferenz Alternativen skizziert: eine energetisch autarke Solar-City auf dem Baden-Airpark, die Wohnen, Forschung, Arbeit und Freizeit verknüpft, ein siedlungsökologisches Modellvorhaben mit kurzen Wegen.

Was ist aus der Forderung des Landkreistags nach einer **Lkw-Maut** auf Kreisstraßen geworden? Was aus all unseren kreativen Vorschlägen zur Verknüpfung von **Öffentlichem Personen-Nahverkehr und Gütertransport**? Wir sind gespannt auf das angekündigte „**Integrierte Verkehrskonzept**“ für den Landkreis, das - wenn es hält, was es verspricht - wirklich ein großer Wurf werden könnte. Die Verlagerung der Pendlerströme auf Bus, Bahn und Fahrrad ist auch dann dringend notwendig, wenn wir Mercedes-Benz den Einstieg in die E-Mobilität und die Bebauung der werksinternen Parkflächen ermöglichen wollen. Aber ist es konsequent, einerseits das ÖPNV-Angebot zu verbessern und gleichzeitig als Landkreis selbst am Ausbau von Parkplätzen - in der Lyzeumstraße, an den Krankenhäusern, an den Berufsschulen - festzuhalten?

Ist es logisch, sowohl über den Fachkräftemangel in Baden als auch die Arbeitslosigkeit im Elsass zu jammern, ohne aber interessierten Azubis eine **Verkehrsverbindung über den Rhein** anzubieten? Die Wiederinbetriebnahme der Verbindung Rastatt – Haguenau wurde ebenfalls auf der erwähnten Konferenz der Bündnisgrünen 1995 gefordert.

Ist es redlich, über die Krankenhaus-Finanzierung des Landes zu jammern, wenn im Jahr 2017 so viele Investitionsmittel für die Krankenhäuser im Land zur Verfügung standen wie noch niemals zuvor, und das **Klinikum Mittelbaden** über 4 Mio € davon erhalten hat? Ist es eine realistische Perspektive, auch über 2025 hinaus vier Krankenhäuser in Mittelbaden halten zu können - oder sollten wir nicht weg von der all zu simplen Formel, dass mehr Krankenhäuser auch gleichzeitig eine bessere Gesundheitsversorgung bedeuten? Gehört die Zukunft nicht vielmehr einer sektorenübergreifenden Versorgung aus Gesundheitsförderung, Prävention, Akutbehandlung, kurativer Versorgung, Rehabilitation, Pflege, palliativer Versorgung und ehrenamtlichen Strukturen? Welche Rolle kann das KMB bei der **Einführung alternativer Wohnformen** für ältere Menschen spielen, die den SeniorInnen eine individuelle Lebensführung in vertrauter Umgebung und sozialen Zusammenhängen ermöglichen?

Ist es übertrieben, wenn wir vom Essen im Krankenhaus mehr verlangen als dass es satt macht und wenig kostet? 10 000 Menschen in Deutschland sterben jedes Jahr aufgrund von Infektionen durch **multiresistente Keime**, ganze Krankenhäuser müssen vorübergehend schließen – wir aber verkaufen weiterhin unbeirrt in unseren Krankenhäusern, Pflegeheimen, im Bistro und in unseren Schulen **Billigfleisch** aus konventioneller Massentierhaltung.

Kann der Landkreis eine aktive Rolle bei der **Inwertsetzung von PFC-belasteten Flächen** spielen, so wie es z.B. die Wismut GmbH mit der Sanierung und Rekultivierung der ehemaligen Uranabbauflächen macht? Muss man es verstehen, wenn ausgerechnet Mitglieder dieses Kreistags **Photovoltaik auf PFC-Flächen** verhindern, wenn sie in der Regionalversammlung sitzen? Ist ausgerechnet der **Maisanbau** eine Lösung der PFC-Problematik, oder schaffen wir uns mit **Glyphosat**, das dabei großflächig zum Einsatz kommt, nicht das nächste Problem? Gäbe es nicht auch andere Alternativen? Der Weltmarkt für (legalen!) **Cannabis** soll bis 2021 30 Milliarden \$ erreichen, US-Bundesstaaten und -Kommunen erwirtschaften rekordverdächtige Steuergewinne, Israel will den Anbau von Cannabis subventionieren und den Export legalisieren. Das Klima in der Oberrheinebene ist bestens für Hanf geeignet, und Hanf benötigt so gut wie keine Agrarchemie. Aber gibt es irgendwelche Aktivitäten des Landkreises oder der Wirtschaftsregion Mittelbaden, um sich diesen zukunftssträchtigen Wirtschaftssektor zu erschließen?

Wir sind zwar stolz auf unser **Müllkonzept**, aber ergibt es Sinn, gewaltige Mengen an Abfall zu produzieren, dann fein säuberlich zu trennen, um sie schließlich zu verbrennen oder als Wertstoff deklariert nach China zu schippern? Nachdem China seine Grenzen Anfang Januar für Plastikmüll praktisch dicht gemacht hat, merken wir plötzlich, wie abhängig unser hoch gelobtes System von diesem Abnehmerland ist. Der Markt für Kunststoffabfälle ist praktisch zusammengebrochen. In Frankreich sind ab 2020 Einweggeschirr und Kaffee-to-go-Becher verboten. Das neue Müllgesetz der Balearen verbietet Plastikbecher, Einweggeschirr und Kaffeekapseln. In Ruanda sind Plastiktüten seit 2008 komplett verboten. In München und Erlangen gilt ein Einwegverbot bei allen öffentlichen Veranstaltungen. Und was tut der Landkreis für die Müllvermeidung und den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft?

Ist es nachvollziehbar, wenn Bürgermeister über die Belastung durch die **Kreisumlage** klagen, gleichzeitig aber auf Einnahmen aus **erneuerbaren Energien** großzügig verzichten?

1,5°C über dem vorindustriellen Niveau – das ist das Ziel des Pariser Übereinkommens. Laut jüngstem Bericht des Weltklimarats wird nur noch eine radikale Schocktherapie - eine **Halbierung des CO₂-Ausstosses alle 10 Jahre** - das Erreichen dieses Ziels möglich machen. Natürlich ist es eine gute Aktion, nächste Woche Wetterexpertin Claudia Kleinert hierher einzuladen – aber ziehen wir aus ihrem Bericht auch die notwendigen Konsequenzen oder lauschen wir nur einem interessanten Vortrag? Eine Halbierung der Emissionen in zehn Jahren – das ist weltweit ohne Vorbild – und doch machbar, wenn auch mit drastischen Mitteln. Die Bundesregierung jedoch hat selbst die eigenen Klimaziele aufgegeben. Wir kommen also in eine Situation ähnlich wie in den USA unter Trump: dass nämlich die Kommunen und Bundesländer sich zusammenschließen müssen, um zu retten, was zu retten ist.

Haben wir dazu den Mut? An dieser Stelle meiner Rede wollte ich ursprünglich die provokante Frage einbauen, warum wir die Nutzung von **Bus und Bahn** nicht **kostenlos** anbieten. Ich hatte diesen Vorschlag ja schon einmal im Zusammenhang mit der Scool-Card gemacht. Wir sehen an diesem Beispiel, wie schnell vermeintlich „radikale“ Thesen

salonfähig werden können. Unabhängig davon, wie ernst dieser Vorschlag der Bundesregierung zu nehmen ist, betrachten wir Bündnisgrüne einen kostenlosen ÖPNV nicht als eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme überall und für alle. Für die absehbare Vervielfachung der Fahrgäste fehlen momentan einfach die notwendigen Fahrzeuge. Also nicht von heute auf morgen, sondern Schritt für Schritt, für bestimmte Personengruppen, in bestimmten Tarifzonen, zu bestimmten Zeiten - dafür benötigen wir konkrete Konzepte.

90 Mio € umfassen in diesem Jahr die **Sozialausgaben**, und Landrat Bäuerle hat darauf hingewiesen, dass dies nahezu dem gesamten Aufkommen aus der Kreisumlage entspricht. 90 Mio € an Sozialausgaben - und das in einem der reichsten Landkreise in einem der reichsten Länder der Welt! Aber ist das denn erstaunlich in einem Staat, in dem 45 Menschen so viel besitzen wie die halbe Bevölkerung? Hier ist Umverteilung eine Gebot der Gerechtigkeit! Die bündnisgrüne Kreistagsfraktion unterstützt daher die Einführung eines **bedingungslosen Grundeinkommens**. Dies würde neben den sozialen Wirkungen auch den Verwaltungsaufwand drastisch reduzieren und möglicherweise die Landkreise komplett davon entlasten.

Ja – dies sind alles zuvorderst bundes- und landespolitische Zuständigkeiten. Sie betreffen aber unmittelbar unseren Haushalt. Und es ist ja nicht so, dass die Mitglieder dieses Hauses in ihrem Aktionsradius auf die kommunale Ebene beschränkt wären. Welchen Beitrag leisten also unsere LandkreispolitikerInnen dafür, etwas zu ändern? Unser Landrat ist schon längst kein hoffnungsvoller Nachwuchsbeamter mehr, sondern nimmt mittlerweile eine herausgehobene Stellung beim Landkreistag ein. Mitglieder des Kreistags sind Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Landesvorstands ihrer Partei oder anderweitig aktiv auf Landes- und Bundesebene.

Vielleicht sind unsere BürgerInnen in vielen Punkten weiter als ihre VolksvertreterInnen. Warum man ihnen auf Landkreisebene ein Recht vorenthält, das ihnen in anderen Bundesländern gewährt wird, warum sie im Landkreis das nicht dürfen, was in der Gemeinde möglich ist, das verstehe wer will. Deshalb unterstützt meine Fraktion ausdrücklich den Vorstoß von „Mehr Demokratie“ zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Landkreisebene.

Mein Fazit: dieser Haushalt wird den Landkreis ordentlich durch ein weiteres Jahr bringen. Aber er steckt – wie auch die Politik unseres Kreistags - voller innerer Widersprüche. Als Beitrag zur Lösung der großen Zukunftsfragen ist er zu mutlos.